

Peter V. Kunz

Ein- und Zweipersonen-Aktiengesellschaften in der Schweiz

Ausgewählte Probleme

Jeder Geschäftsmann und jede Geschäftsfrau täten gut daran, sich von Zeit zu Zeit zu überlegen, in welcher spezifischen Rechtsform eine Unternehmung gegründet bzw. in den Folgejahren fortgeführt werden sollte. Hierbei müssten an sich – gerade auch für mittlere sowie für Kleinbetriebe – praktisch wichtige Fragen, beispielsweise betreffend mögliche Haftungen, Kosten, Steuern und potentielle Nachfolger, jeweils frühzeitig beantwortet werden [1].

1. Vorbemerkungen

1.1 Einführung

Die am häufigsten gewählte Gesellschaftsform in der Schweiz ist seit jeher die *Aktiengesellschaft* (AG) [2]. Seit der letzten Revision des Aktienrechts von 1991/92 nahm zwar die Zahl von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) stetig zu [3]. Mangels praktischer Erfahrung und theoretischer Bearbeitung während der letzten Jahrzehnte besteht jedoch noch erhebliche Rechtsunsicherheit zu manchen Fragen im Zusammenhang mit der GmbH; zudem mangelt es bei vielen juristischen Beratern an der notwendigen Sachkunde in diesem Bereich.

Die Wahl der AG als Rechtsform für eine Unternehmung bringt ohne Zweifel viele Vorteile, jedoch auch einige Probleme mit sich. Zu einem ganz grundsätzlichen, zumindest potentiellen Problembereich gleich zu Beginn: Entscheidungen innerhalb und für die

neralversammlung (GV) einerseits sowie des Verwaltungsrats (VR) andererseits. Hierbei untersteht die jeweilige Beschlussfassung, etwas vereinfacht gesagt [4], dem sog. *Mehrheitsprinzip* [5].

Es ist nun aber offensichtlich, dass es äusserst leicht zu einem – u. U. selbst die



Peter V. Kunz, Dr. iur., Rechtsanwalt,
LL.M. (Georgetown University), Zürich

Unternehmung als solche bedrohenden – Streit kommen kann, wenn sich in einer AG zerstrittene «Mehrheiten» und «Minderheiten» von Aktionären gegenüberstehen. In einer solchen heiklen Konstellation wird dann oft die juristische Zentralproblematik des sog. *gesellschaftsrechtlichen Minderheitenschutzes* zu diskutieren sein [6].

1.2 Aspekte des Minderheitenschutzes

Der Minderheitenschutz im Aktienrecht stellt eine sehr komplexe juristische Thematik dar. Ohne sorgfältige Planung [7] mag es oft zu offenem oder verdecktem Streit in der AG kommen, gerade auch in *Familien-Aktiengesellschaften*. Auf den ersten Blick erscheinen in diesem Zusammenhang unproblematisch nur, aber immerhin, zwei AG-Formen, nämlich (i) die sog. *Einpersonengesellschaft* (EPAG) sowie (ii) die sog. *Zweipersonengesellschaft* (ZPAG). Hierzu müssen jedoch die folgenden Einschränkungen bedacht werden:

– *EPAG*: Im Prinzip gibt es zwei Formen der EPAG. Bei der ersten Ausgestaltung sind alle Aktien bei nur einer Person unmittelbar oder mittelbar «vereintigt», selbst wenn einige wenige Aktien treuhänderisch auf Dritte [8] (z.B. auf die Ehefrau, den Sohn, den Anwalt oder einen Verwaltungsrat) übertragen wurden; faktisch handelt es sich hierbei um eine *Einzelunternehmung mit beschränkter Haftung* [9]. Bei der zweiten Form hat zwar eine «Aktienstreuung» auf zumindest einen unabhängigen Dritten stattgefunden, die AG wird aber

son dominiert (sog. *Quasi-EPAG*); da hier ein oder mehrere Aktionäre mit einem vom herrschenden Aktionär – regelmässig dem Hauptaktionär – unabhängigen Willen auftreten, bleibt der Minderheitenschutz weiterhin aktuell [10].

– *ZPAG*: Grundsätzlich existieren zwei Ausgestaltungen bei der *ZPAG*. Bei der ersten Form – der sog. *paritätischen ZPAG* – ist die Stimmkraft zwischen den beiden beteiligten Personen [11] gleichmässig, somit je hälftig, aufgeteilt («50:50»-Konstellation). Bei der zweiten Form hingegen – der sog. *nicht-paritätischen ZPAG* – verfügt eine der zwei Personen über die grössere Stimmkraft; in einer solchen in der Praxis häufigen «50+»-Konstellation bleibt der Minderheitenschutz ein immer noch massgebliches Thema [12].

Im Folgenden soll nunmehr auf einige ausgewählte Fragestellungen für diejenigen AG-Formen eingegangen werden, bei denen der sonst zentrale *Minderheitenschutz irrelevant* ist, nämlich (i) die «EPAG ohne Quasi-EPAG» [13] sowie (ii) die «paritätische ZPAG» [14]. Solche Gesellschaften müssen sich zwar nicht um den Minderheitenschutz kümmern, werden aber regelmässig mit anderen, nicht einfachen Problemen konfrontiert (z.B. «Durchgriffe» auf den Alleinaktionär drohen, Pattsituationen/«deadlocks» legen die AG lahm).

2. Einpersonen-Aktiengesellschaften (EPAG) [15]

2.1 Einführung [16]

Im Prinzip ist schon der Ausdruck «Einpersonen-Gesellschaft» ein gewisser Widerspruch in sich, denn: «Chaque société est, par définition, un groupement de plusieurs personnes (...) [17].» Trotzdem kann die «Realexistenz» – bzw. zumindest die stillschweigende richterliche «Duldung» [18] – von EPAG nicht bestritten werden.

Juristisch betrachtet existieren zwei unterschiedliche Rechtssubjekte, näm-

aktionär (sog. Trennungsprinzip). Dies hat aber als Konsequenz, dass sich der einzige Gesellschafter wie in einer «richtigen AG» aufführen muss. Er kann sich vor allem nicht auf seine Identität mit der EPAG berufen, um damit gewisse Anforderungen, welche eine AG mit sich bringt (z.B. die Einhaltung von «Formalien»), nicht erfüllen zu müssen [19]; so hat er beispielsweise zwischen VR- und GV-Versammlungen, die be-

Steuersubjekte (z.B. Art. 10 DBG). Vielmehr haben deren Gesellschafter den jeweiligen Anteil am Vermögen und Einkommen der Gesellschaft zu versteuern. Die EPAG als Steuersubjekt – und nicht der Alleinaktionär – ist hingegen u.U. steuerpflichtig betreffend ihrem Kapital und Gewinn; die resultierende Steuerschuld kann indes ausnahmsweise im Sinne eines Durchgriffs [26] beim einzigen Gesellschafter

«Trotz aller Vorteile der AG, z. B. Haftungsbeschränkungen, kann es gewichtige Probleme mit solchen Gesellschaften geben.»

kanntlich unterschiedliche Kompetenzen haben (vgl. Art. 698 OR bzw. Art. 716 Abs. 1 OR), klar zu unterscheiden [20]. Der Alleinaktionär muss zudem nicht selten daran erinnert werden, dass er überhaupt – obwohl es «seine» AG ist – eine *GV durchzuführen* hat innert sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres (Art. 699 Abs. 2 OR) [21]; immerhin dürfte es sich hierbei jeweils um sog. Universalversammlungen (Art. 701 OR) handeln [22].

Das Trennungsprinzip hat weitere materiellrechtliche Folgen. So anerkennt etwa das Bundesgericht die grundsätzliche Möglichkeit, dass eine EPAG als solche nach ihrem Verkauf den (früheren) *Alleinaktionär einklagen* kann [23]. Zudem ist unzulässig, dass beispielsweise ein Rechtsanwalt seine Honorarforderung gegen den Alleinaktionär für dessen Verteidigung in einem Strafverfahren mit Ansprüchen *verrechnet*, die er für die EPAG – und nicht für den Gesellschafter, persönlich – geltend gemacht bzw. eingezogen hat [24]; diese Regel gilt selbstverständlich auch für andere Berater und deren Honoraransprüche (z.B. Treuhänder). Das Trennungsprinzip gilt zudem nicht nur im Bereiche des Privatrechts, sondern in allen Rechtsgebieten, so etwa auch im Strafrecht [25] oder im Steuerrecht.

anfallen. Im Übrigen ist jedoch auch im Bereich des Steuerrechts [27] von einer Trennung der Rechtssubjekte EPAG/ Alleinaktionär auszugehen [28].

2.2 Gründung und «Duldung» der EPAG

Zur Gründung einer AG braucht es mindestens *drei Aktionäre* (Art. 625 Abs. 1 OR); ein Alleinaktionär erfüllt diese Voraussetzung indes ohne weiteres mittels Beizug von zwei treuhänderisch tätigen «Gesellschaftern» bzw. «Strohännern» [29]. Für die Zeit *nach der Gründung* gilt: «Sinkt in der Folge die Zahl der Aktionäre unter diese Mindestzahl (...), so kann der Richter auf Begehren eines Aktionärs oder eines Gläubigers die Auflösung [der AG] verfügen» (Art. 625 Abs. 2 OR). Mit dieser Bestimmung wird im Prinzip die EPAG – aber auch die ZPAG – legitimiert [30].

Entsprechende Auflösungsklagen und erst recht deren Gutheissung sind in der Praxis allerdings äusserst selten. Tatsächlich *dulden* die Gerichte in der Schweiz solche EPAG ohne weiteres [31]. Dies macht denn auch Sinn, gibt es doch *gute Gründe* für die (faktische) Zulassung bzw. Duldung von EPAG. So dient die EPAG etwa für Vereinfachungen im Hinblick auf die

Instrument für die *Konzernierung* verschiedener Gesellschaften [32].

Trotzdem widerspricht die EPAG – ohne dass dies praktische Folgen zeitigen würde – zumindest rechtspolitisch dem heutigen «Leitbild» oder *Typus der AG* [33]. Im Rahmen einer nächsten Revision des Schweizer Aktienrechts soll denn auch konsequenterweise die EPAG ausdrücklich normiert werden [34].

2.3 Zum Einpersonen-VR der EPAG [35]

Der VR einer AG «besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern, die *Aktionäre sein müssen*» (Art. 707 Abs. 1

OR). *Anmeldungen zum Handelsregister* (HR) können bzw. müssen, entgegen der Regel von Art. 22 Abs. 2 HRV («Zweier-Unterschrift»), von ihm allein unterzeichnet werden [42].

Einige Themen bzw. Probleme, die üblicherweise für die Mitglieder eines VR absolut zentral sind, verlieren beim Einpersonen-VR einer EPAG [43] indes an praktischer Aktualität. In diesem Zusammenhang können etwa erwähnt werden: Treuepflicht (Art. 717 Abs. 1 OR) [44], Gleichbehandlungspflicht (Art. 717 Abs. 2 OR) [45] sowie Auskunfts- und Einsichtsrechte der einzelnen Mitglieder des VR (Art. 715 a OR) [46]. Dies heisst nun aber nicht etwa, dass der Einzelverwaltungsrat

Im Kanton Zürich wird schliesslich auch der *Alleinaktionär* nicht als Partei befragt, sondern ebenfalls als Zeuge einvernommen [52].

Aktionäre, Gläubiger sowie die AG selber können – im Prinzip – gegen Mitglieder des VR eine aktienrechtliche *Verantwortlichkeitsklage* (Art. 754/756 ff. OR) erheben. Bei einer EPAG sind indes die folgenden Aspekte zu beachten: Der *Gesellschaft* steht etwa dann kein Anspruch zu, wenn der VR «avec l'accord de l'ensemble des actionnaires ou de l'actionnaire unique» gehandelt hat («*volenti non fit iniuria*») [53], oder wenn der Alleinaktionär einen die Klage ausschliessenden *Vergleich* mit dem VR geschlossen hat [54]. Inwiefern ein *Déchargebeschluss* bei einer EPAG überhaupt möglich bzw. rechtsverbindlich (Art. 758 OR) ist, bleibt umstritten [55]. Der Alleinaktionär läuft schliesslich Gefahr, und zwar selbst ohne Einsitz im VR, als sog. *faktisches Organ* mit einer Verantwortlichkeitsklage – insbesondere durch die Gläubiger im Konkursfall der EPAG – selber belangt zu werden [56].

«Die Einpersonen-AG wird im Wirtschaftsalltag oftmals gewählt, um faktisch in den Genuss einer <Einzelunternehmung mit beschränkter Haftung> zu gelangen.»

OR) [36]. Aus dieser Bestimmung könnte abzuleiten versucht werden, dass somit eine EPAG zwangsläufig einen sog. Einpersonen-VR aufzuweisen hat. Dies ist jedoch nicht unbedingt der Fall [37], kann doch der Alleinaktionär – ähnlich wie im Zusammenhang mit der «treuhänderischen Gründung» [38] – eine oder mehrere Aktien fiduziarisch auf Dritte (im Hinblick auf deren Einsitznahme im VR) übertragen [39] und damit einen mehrköpfigen VR selbst bei einer EPAG ermöglichen.

In der Praxis entscheidet sich ein Alleinaktionär jedoch oftmals für einen *Einpersonen-VR*, womit – zumindest theoretisch – die oben [40] geschilderten Folgen gemäss Art. 625 Abs. 2 OR drohen [41]. Bei solchen Einpersonen-VR von EPAG müssen zudem einige Besonderheiten beachtet werden: Der Einzelverwaltungsrat hat *keine Funktionsbezeichnung*, ist also z.B. nicht «Verwaltungsratspräsident», und besitzt immer *Einzelunterschrift*. Zudem

einfach «von einer Tasche in die andere wirtschaften» dürfte, ganz im Gegenteil [47]. Im Zweifelsfall müssen vielmehr die Interessen der *juristischen Person* denjenigen des einzigen Verwaltungsrats vorgezogen werden [48].

2.4 Prozessuales und ausgewählte Klagen bzw. Beschwerden

Bei einer AG [49], vor allem bei einer EPAG, stellt sich u.a. die Frage nach der *Zeugnishfähigkeit* des VR – nicht nur des Einpersonen-VR – einerseits sowie des Alleinaktionärs andererseits. Leider gibt es keine allgemeingültige Aussagen hierzu für alle kantonalen Prozessrechte:

Mehrheitlich sind *Verwaltungsräte* vom Zeugnis ausgeschlossen, und es hat eine Parteibefragung stattzufinden [50], so beispielsweise im Kanton Bern [51]; anders insbesondere im Kanton Zürich: «Ist eine juristische Person [z.B. eine EPAG] Partei, können ihre Organe [z.B. ein VR] als Zeugen einvernom-

Abschliessend ist noch kurz auf die Frage nach dem (verwaltungsprozessualen) *Beschwerderecht* des Alleinaktionärs einzugehen, wenn die EPAG als solche, somit also nicht der Aktionär selber, Verfügungsadressatin ist [57]. Das Prinzip – zumindest betreffend Art. 103 lit. a OG sowie Art. 48 lit. a VwVG – lautet: «An der Aufhebung bzw. Änderung von Verfügungen, welche (...) gegen eine AG ergehen, haben Aktionäre als bloss mittelbar Betroffene grundsätzlich kein schutzwürdiges Interesse; jedenfalls besteht ein solches nicht schon aufgrund der Aktionäreigenschaft als solcher [58].» Der Gesellschafter ist m.a.W. zur Beschwerde prinzipiell nicht zugelassen; nur, aber immerhin in einem sog. *obiter dictum* anerkannte das Bundesgericht indes einmal die Möglichkeit eines entsprechenden Beschwerderechts zumindest des *Alleinaktionärs* unter gewissen Voraussetzungen [59].

2.5 Durchgriff [60]

Unter dem sog. *Durchgriff* wird ver-

zwischen der AG und ihren Aktionären, Ausserachtlassen der eigenen Persönlichkeit der juristischen Person, Ignorierung der Rechtsform und der formalrechtlichen Selbständigkeit, Gleichstellung von Gesellschaft und Gesellschafter dadurch, dass der Schleier der juristischen Person beiseitegeschoben wird [61].» Primäre Zielsetzung des Durchgriffs ist somit, etwas verkürzt ausgedrückt: Ein (faktischer) Einzelkaufmann soll keine AG-Struktur «vorschieben» können, um sich damit seiner an sich «persönlichen» Zahlungsverpflichtungen zu entledigen.

Der Durchgriff stellt eine *Ausnahme vom Trennungsprinzip* zwischen der EPAG einerseits und dem Alleinaktionär andererseits dar. Er ist nur dann zulässig, wenn die Aufrechterhaltung des Trennungsprinzips im Einzelfall *gegen Treu und Glauben* verstossen würde; in einer solchen Situation gelangt dann eine «wirtschaftliche Betrachtungsweise» zur Anwendung. Allgemeingültige Aussagen, wann ein Durchgriff möglich sei, sind kaum möglich. Sicher ist nur, dass die «Durchgriffs-Hürde» *relativ hoch* liegt [62].

Die Durchgriffsthematik wird soweit ersichtlich – sowohl in der Schweiz als auch im Ausland [63] – traditionellerweise immer nur für (i) Ansprüche von *Gläubigern* sowie (ii) im Zusammenhang mit EPAG von der Lehre diskutiert bzw. von Gerichten beurteilt. M.E. scheint indes nicht ausgeschlossen, diese Diskussion zu erweitern und den Durchgriff als zusätzliches Instrumentarium im Rahmen des *Minderheitenschutzes* einzusetzen [64].

3. Zweipersonen-Aktiengesellschaften (ZPAG) [65]

3.1 Einführung – insbesondere zur sog. «Pattsituation»

Über der ZPAG [66] schwebt an sich, gleich wie über der EPAG, zumindest theoretisch das «Damoklesschwert» einer *Auflösungsklage* gemäss Art. 625 Abs. 2 OR infolge Absinkens der Zahl der Aktionäre unter Drei; vergleichbar mit der EPAG [67] schneidet dieses

grösste Problem für die ZPAG ist vielmehr die *Pattsituation* in der GV (und regelmässig auch im VR [68]) – der sog. «*deadlock*», wie die US-Amerikaner [69] diese oft die ZPAG als solche in ihrer Existenz bedrohende Situation plastisch benennen.

Die Beschlussfassung beruht grundsätzlich auf dem Mehrheitsprinzip, und wenn es keine Mehrheit gibt, sondern eine «50:50»-Konstellation vor-

Praxis der Regelfall sein dürfte, kann die VR-Beschlussfassung ebenfalls in Frage gestellt sein. Dem sog. «Vorsitzenden» des VR – nicht notwendigerweise dessen «Präsidenten [74]» – steht zwar von Gesetzes wegen der *Stichentscheid* zu; die Statuten der ZPAG dürfen aber diese Möglichkeit ausdrücklich ausschliessen (Art. 713 Abs. 1 Satz 2 OR). Die Situation ist somit tatsächlich verzwickelt: Der (i) Ausschluss des Stichentscheids kann einerseits zur endgültigen

«Ein «Allheilmittel» für zerstrittene Zweipersonen-AG gibt es leider nicht.»

liegt, können bei mangelndem Konsens der beiden Gesellschafter (bzw. der zwei «festen Blöcke») *keine GV-Beschlüsse* gefasst werden. Sollte ein solcher Dissens nur ausnahmsweise – z. B. von Sachfrage zu Sachfrage – gegeben sein, so stellt dies nicht notwendigerweise eine Gesellschaftsbedrohung dar. Stehen sich die Personen jedoch *generell und permanent* uneinig, u. U. sogar feindselig gegenüber, so droht die Funktionsunfähigkeit und Lahmlegung – der «*deadlock*» – der ZPAG als solcher [70]. Ein zentrales Instrument zur Durchbrechung einer Pattsituation ist – in der GV und im VR – etwa die Statuierung der Möglichkeit eines *Stichentscheids* [71].

3.2 Betrachtungen zum VR einer ZPAG

Besteht der VR einer ZPAG nur aus *einem Mitglied*, so können zumindest *VR-Entschlüsse* [72] gefasst werden [73]. Zwar stehen der GV diverse unübertragbare Befugnisse zu (vgl. Art. 698 Abs. 2 OR), sodass auch die möglichen VR-Entschlüsse in dieser Konstellation die Pattsituation in der GV nicht ungeschehen machen können; zumindest aber betreffend seiner eigenen unübertragbaren sowie unentziehbaren Aufgaben (vgl. Art. 716 a OR) behält der Einpersonens-VR hier einen gewissen Handlungsspielraum.

Gehören hingegen *beide Aktionäre*

«Lahmlegung des VR bzw. der ZPAG» führen, die (ii) Gewährung des Stichentscheids mag andererseits jedoch die faktische «Unterdrückung eines 50%-Aktionärs [75]» zur Folge haben; mögliche Lösungsvarianten können, wenn überhaupt, einzig durch eine vorausschauende und sorgfältige *Planung im Einzelfall* entwickelt werden [76].

3.3 Drohende Klagen

Bei Vorliegen einer Pattsituation bzw. der Lahmlegung einer ZPAG dürfte primäres Thema eine *Auflösungsklage* sein, und zwar könnte eine solche einerseits auf Art. 625 Abs. 1 OR [77] oder andererseits auf Art. 736 Ziff. 4 OR [78] gestützt werden. Insbesondere bei Einpersonens-VR, allerdings auch bei VR mit Stichentscheidbefugnis des Vorsitzenden mag der geschädigte Aktionär zudem eine *Verantwortlichkeitsklage* (Art. 754/756 ff. OR) erwägen [79].

Eine *Anfechtungsklage* (Art. 706 f. OR) ist hingegen gänzlich *ausgeschlossen*: Bei (i) einem Patt in der GV kommt überhaupt kein Beschluss zustande, der angefochten werden könnte; insofern ist denn etwa ein Minderheitsaktionär, gegen dessen Willen ein Beschluss in der GV gefasst werden kann, tatsächlich besser gestellt als ein «50%-Aktionär», der die Beschlussfassung blockiert [80]. Schliesslich sind (ii) Entschlüsse bzw. Beschlüsse des VR praxisgemäss *generell nicht anfecht-*

3.4 Statutarische und vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten [82]

Gesellschafter von ZPAG sollten versuchen, Pattsituationen mit privatautonomen Regelungen so weit als möglich vorzubeugen. Für Berater öffnet sich zwangsläufig ein «Exerzierfeld für eine phantasiereiche Ausgestaltung» [83] von Statuten und Aktionärbindungsverträgen. Aus Platzgründen kann im Folgenden nur ein erster Überblick vermittelt werden [84]:

- **Statuten:** (i) Umgekehrt zur Ordnung beim VR [85] steht dem Vorsitzenden der GV nur, aber immerhin dann der *Stichentscheid* zu, wenn dies die Statuten ausdrücklich so bestimmen [86]; der Stichentscheid löst zwar das Patt, lässt jedoch, wie erwähnt, nunmehr wieder eine «Minderheitenschutz-Dimension» entstehen [87]. (ii) Die z.T. zur Problemlösung vorgeschlagene Zuteilung von *Stimmrechtsaktien* (Art. 693 OR) an einen der beiden Gesellschafter scheint eher praxisfremd [88].
- **Verträge:** (iii) Die Gesellschafter können auf einen *neutralen Dritten* je eine oder je eine gleich grosse Anzahl von ZPAG-Aktien fiduziarisch übertragen und diesen dann – z.B. als (neutralen) Präsidenten des VR [89] – das «Zünglein an der Waage» spielen lassen [90]. (iv) Ein neutraler Dritter könnte zudem, auch ohne fiduziarische Aktienübertragung, entweder als *Vermittler* («mediator») oder als *Schiedsrichter* («arbitrator») fungieren [91]. (v) Schliesslich können die Parteien noch eine *Versteigerungsklausel* – im Sinne eines «buy-out» des einen durch den anderen Gesellschafter [92] – in Betracht ziehen [93].

Der Kreativität wird einzig Grenzen gesetzt durch zwingendes Aktienrecht. Immerhin ist *Eigeninitiative der Aktionäre* gefordert, weil die Kompetenzen der *Gerichte* in diesem Bereich in der Schweiz eher gering sind [94]. Selbstverständlich wäre es eine Illusion zu meinen, dass alle Klippen der AG-Zukunft mit detaillierten Regelungen sicher umschifft werden können. Ent-

chenden Gestaltungen *so früh als möglich* vornehmen, um gar nicht erst allzu heftige Wogen aufkommen zu lassen; nach «Kriegsausbruch» kann bei ZPAG oft nicht mehr viel gerettet werden. In der Praxis zeigt es sich, dass diese Aspekte gerade bei *Nachfolgeplanungen in Familien-AG* immer wieder entweder vergessen oder einfach unterschätzt werden.

Anmerkungen

- 1 Unter diesen verschiedenen Aspekten mag oft die Wahl einer sog. Personengesellschaft – Kollektivgesellschaft (Art. 552 ff. OR) oder Kommanditgesellschaft (Art. 594 ff. OR) – naheliegen; auf diese Rechtsformen soll im Weiteren jedoch nicht eingegangen werden.
- 2 Ende 1995 gab es in der Schweiz insgesamt 170'703 im Handelsregister eingetragene AG, vgl. SHAB No 12 (1996) 373. Im Handelsregister eingetragen waren 1993 hingegen nur 4186 GmbH und 1994 schliesslich 6600 GmbH; Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1996 (Zürich 1995) 164; die Zahl stieg sprunghaft auf 10'705 GmbH per Ende 1995, vgl. SHAB No 12 (1996) 373.
- 3 Hierzu nun jüngst: Roland von Büren/Thomas Bähler, Gründe für die gesteigerte Attraktivität der GmbH, recht 14 (1996) 17–28.
- 4 Doch nicht immer genügt die einfache Mehrheit. Gewisse GV-Beschlüsse (z.B. Zweckänderung, Sitzverlegung) brauchen von Gesetzes wegen (Art. 704 OR) qualifizierte Mehrheiten; zudem sind statutarischen oder vertraglichen Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Bereich kaum Grenzen gesetzt. Diese Umstände vermögen die sogleich anzusprechenden «Minderheitenprobleme» z.T. zu entschärfen.
- 5 In der GV beruht die Stimmkraft gemäss Art. 692 Abs. 1 OR grundsätzlich auf dem «Kapitaleinsatz» (bzw. Nennwert der Aktien), ausser es werden Stimmrechtsaktien geschaffen (1 Aktie = 1 Stimme; Art. 693 OR). Im VR indes gilt das «Kopf-Prinzip», d.h. das Viril-Prinzip (Art. 713 Abs. 1 OR).
- 6 Statt vieler: Rolf Watter, Minderheitenschutz im neuen Aktienrecht, AJP 2 (1993) 117–125; Rolf Bär, Grundprobleme des Minderheitenschutzes in der Aktiengesellschaft, ZBJV 95 (1959) 369–407.
- 7 Dies ist insbesondere möglich im Bereich des Entwerfens von Statuten und Aktionärbindungsverträgen; vgl. etwa: Walter Müllhaupt, Der rechtsgeschäftliche Minderheitenschutz, SJZ 80 (1984) 69–78; Rolf H. Weber, Vertrags- bzw. Statutengestaltung und Minderheitenschutz, in: Das neue Aktienrecht (Zürich 1992) 71–90; Ruedi Bürgi, Möglichkeiten des statutarischen Minderheitenschutzes in der personalistischen AG (Diss. Bern 1987).
- 8 Eine solche EPAG wird oft «Strohmanngesellschaft» genannt, so z.B. bei Emil Schucany, Die Einmanngesellschaft, SAG 33 (1960/61) 33 Anm. 1; vgl. auch Hanspeter Flüge, Die

- 9 Die Problematik des sog. Durchgriffs darf in diesem Zusammenhang jedoch nicht vergessen werden: Vgl. dazu hinten 2.5.
- 10 So z.B. Peter Forstmoser/Arthur Meier-Hayoz/Peter Nobel, Schweizerisches Aktienrecht (Bern 1996) § 62 N 28.
- 11 Als «Person» gelten sowohl natürliche als auch juristische Personen, und selbst Personengruppen kommen in Betracht, solange deren Grundlagen (z.B. Aktionärbindungsverträge) von den Gruppen-Mitgliedern beachtet werden, sodass schliesslich zwei feste Blöcke bestehen.
- 12 In diesem Bereich wirft der Minderheitenschutz sogar «besonders akute Fragen auf»: Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 62 N 103 m.w.H. Des weiteren: Norwin Meyer, Die Einmann- und die Zweimann-Aktiengesellschaft in der Praxis, SAG 43 (1971) 252ff.; Carl Baudenbacher, Kommentar, in: Basler Kommentar – Obligationenrecht II (Basel 1994) N 34 zu Art. 625 OR.
- 13 Vgl. dazu hinten 2.
- 14 Vgl. dazu hinten 3.
- 15 Auswahl an Literatur: Eric Teitler, Die Einmann-Immobilienaktiengesellschaft (Diss. Zürich 1969); Herbert Schönle, Die Einmann- und Strohmanggesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der Fiducia (Diss. Freiburg i.U. 1957); Giorgio Bernardoni, L'azionista unico e l'azionista sovrano nel diritto svizzero e italiano (Diss. Bern 1971); Max Schneebeli, Die Einmanngesellschaft (Diss. Zürich 1932).
- 16 Die Problematik der EPAG wird nicht nur in der Schweiz, sondern auch im Ausland diskutiert. Vgl. statt vieler: Rudolf Reinhard, Gedanken zum Identitätsproblem bei einer Einmanngesellschaft, in: FS H. Lehmann, II. Band (Berlin 1956) 576–593; Ulf Siebel, Die Einmanngesellschaft als atypische Herrschaftsform in deutschen und anglo-amerikanischen Recht (Diss. Bonn 1950); Walter Odersky, Die Einmanngesellschaft als atypische Gesellschaftsform (Diss. München 1954); Warner Fuller, The Incorporated Individual: A Study of the One-Man Company, Harv. L. Rev. 51 (1938) 1373–1406; Jules Silk, One Man Corporations – Scope and Limitations, U.Pa.L.R. 100 (1952) 853–868.
- 17 René Couchepin, La société unipersonnelle, SAG 43 (1971) 146; Hervorhebung durch den Verfasser. Ähnlich auch: Herbert Schönle, Die Rechtsstellung des Alleingesellschafters einer Einmann-AG, SAG 32 (1959/60) 108.
- 18 Vgl. dazu hinten 2.2.
- 19 Statt vieler: Meyer (FN 12) 244 m.w.H.
- 20 Und dies, obwohl an sich in der EPAG regelmässig «keine materiellen Unterschiede» zwischen GV und VR bestehen: Petra Schmitt, Das Verhältnis zwischen Generalversammlung und Verwaltung (Diss. Basel 1990) 12.
- 21 Allgemein zu diesen «Formalien»: Baudenbacher (FN 12) N 25 zu Art. 625 OR m.w.H.
- 22 Ähnlich: Schönle (FN 17) 118.
- 23 SAG 34 (1961/62) 24–25; in diesem Fall wurde die Klage aus anderen Gründen abgewiesen – die EPAG (als «Kaufobjekt») konnte selbstverständlich die einem Aktien-Käufer durch den Verkäufer/Alleinaktionär abgegebenen «Garantieversprechen» nicht durchsetzen.
- 24 RGE 85 II 111 = SAG 32 (1959/60) 219–221.

- 25 Hinweise zur strafrechtlichen Rechtsprechung z.B. bei: Baudenbacher (FN 12) N 26 zu Art. 625 OR.
- 26 Die Voraussetzungen für eine «Durchgriffshaftung» sind indes äusserst streng. Vgl. dazu hinten 2.5.
- 27 Allg. hierzu: Meyer (FN 12) 248 ff.
- 28 Vgl. etwa BGE 85 I 97 Erw. 2. So stellt z.B. der Lohn des Alleinaktionärs grundsätzlich Aufwand der EPAG dar, wobei die Abgrenzung zur verdeckten Gewinnausschüttung nicht immer einfach ist; betreffend Gehaltsbezüge eines Hauptaktionärs im Kanton Zürich: StR 49 (1994) 310–315. Vgl. auch Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 62 N 46; Baudenbacher (FN 12) N 31 zu Art. 625 OR m.w.H.
- 29 So z.B.: Baudenbacher (FN 12) N 6 zu Art. 625 OR m.w.H.
- 30 Flüge (FN 8) 233 spricht von einer «gesetzlich zulässige[n] Grenzform.»
- 31 Statt vieler: Meyer (FN 12) 242; Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 62 N 29; Baudenbacher (FN 12) N 23 zu Art. 625 OR; vgl. auch: Fritz von Steiger, Das Recht der Aktiengesellschaft in der Schweiz (4. A. Zürich 1970) 37.
- 32 Übersicht z.B. bei: Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 62 N 32–38; Meyer (FN 12) 242 f.
- 33 So Herbert Schönle, Nochmals: Die Einmanngesellschaft (...), SAG 34 (1961/62) 67 m.w.H.
- 34 Dies ist zumindest ein (gesetzgebungspolitisches) Postulat der sog. Groupe de réflexion «Gesellschaftsrecht», Schlussbericht vom 24. September 1993, 17/37/54.
- 35 Kritisch zum Einpersonen-VR: Peter Böckli, Schweizer Aktienrecht (2. A. Zürich 1996) N 1579 e ff. Generell zum VR: Adrian Plüss, Die Rechtsstellung des Verwaltungsratsmitgliedes (Diss. Zürich 1990); Roland Müller/Lorenz Lipp, Der Verwaltungsrat (Zürich 1994). Zum VR mit mehreren Mitgliedern: Rita Trigo Trindade, Le conseil d'administration de la société anonyme – composition, organisation et responsabilité en cas de pluralité d'administrateurs (Diss. Genf 1996).
- 36 Umstritten ist, ob die Eigenschaft als Partizipant alleine für eine Wahl in den VR bereits ausreicht: Peter V. Kunz, Der Partizipant im aktienrechtlichen Verantwortlichkeitsrecht, ZBJV 129 (1993) 738 f. m.w.H.
- 37 So auch: Flüge (FN 8) 239.
- 38 Vgl. dazu vorne 2.2.
- 39 Diese fiduziarische Übertragung ist nicht zu verwechseln mit der «Aktienstreuung» bei der Quasi-EPAG; Vgl. dazu vorne 1.2.
- 40 Vgl. dazu vorne 2.2.
- 41 So z. B. Böckli (FN 12) N 51 a. E.
- 42 Schönle (FN 17) 118/121 f. empfiehlt generell, die Existenz einer EPAG gegenüber dem HR-Führer zu «vertuschen», weil dieser zur Ablehnung von Anmeldungen für EPAG – und wohl auch für ZPAG – verpflichtet wäre; ähnlich: Meyer (FN 12) 243. Exkurs zum HR-Führer und Minderheitenschutz: Offen ist m. E. die Frage, ob der HR-Führer unter dem Aspekt von Art. 625 OR bei nicht-paritätischen ZPAG eine Schutzfunktion zugunsten der «Gesellschaftsminderheit» (d.h. Stimmkraft < 50%) wahrnehmen könnte oder nicht.
- 43 Für die Frage, ob die Minderheit nicht nur bei
- 44 Allg. hierzu: Anton Thalmann, Die Treuepflicht der Verwaltung der Aktiengesellschaft (Diss. Bern 1975). Dazu gezählt werden muss auch die Schweigepflicht der Mitglieder des VR: Renate Melanie Wenninger, Die aktienrechtliche Schweigepflicht (Diss. Zürich 1983) 135 ff.
- 45 Vgl. allg. etwa: Claire Huguenin Jacobs, Das Gleichbehandlungsprinzip im Aktienrecht (Zürich 1994) 199 ff.
- 46 Statt vieler: Jean Nicolas Druet, Das Informationsrecht des einzelnen Verwaltungsratsmitgliedes, SZW 65 (1993) 49–53; Peter V. Kunz, Die Auskunfts- und Einsichtsrechte des Verwaltungsratsmitgliedes, AJP 3 (1994) 573–581 m.w.H.
- 47 Ähnlich auch bereits: Schönle (FN 17) 120; Meyer (FN 12) 244.
- 48 So unter Bezugnahme auf Art. 717 Abs. 1 OR nunmehr Böckli (FN 35) N 1579 e a. E.
- 49 Vgl. auch: Rudolf Ottomann, Die Aktiengesellschaft als Partei im Schweiz. Zivilprozess (Diss. Zürich 1976).
- 50 Übersicht bei: Oscar Vogel, Grundriss des Zivilprozessrechts (4. A. Bern 1995) § 48 N 129.
- 51 Vgl. Georg Leuch/Omar Marbach/Franz Kellerhals, Die Zivilprozessordnung für den Kanton Bern (Bern 1995) 492 N 2.b. zu Art. 243 ZPO BE.
- 52 ZR 61 (1962) 225 Nr. 86 = SAG 35 (1962/63) 258–263; so auch die Praxis bez. GmbH: ZR 71 (1972) 124 Nr. 42. Anders zum Alleinaktionär noch: ZR 57 (1958) 181 Nr. 72. Vgl. auch: Hans Sträuli/Georg Messmer, Kommentar zur Zürcherischen Zivilprozessordnung (2. A. Zürich 1982) N 9/10 zu § 157 ZPO m.w.H. Jüngst zu § 157 ZPO ZH: ZR 95 (1996) 242 Nr. 78.
- 53 BGE 111 II 183 Erw. 3. b. m.w.H. Vgl. auch: Peter Forstmoser, Die aktienrechtliche Verantwortlichkeit (2. A. Zürich 1987) § 1 N 549; Peter V. Kunz, Rechtsnatur und Einredenordnung der aktienrechtlichen Verantwortlichkeitsklage (Diss. Bern 1993) 146 f.
- 54 Vgl. Kunz (FN 53) 170.
- 55 Für die Nichtigkeit eines entsprechenden Beschlusses: Müller/Lipp (FN 35) 279; vgl. aber auch Forstmoser (FN 53) § 1 N 430 m.w.H. Die Frage ist insbesondere praxisrelevant für allfällige Gesellschaftsansprüche.
- 56 Zur materiellen Organstellung statt vieler: Forstmoser (FN 53) § 2 N 657 ff./685 ff.; Kunz (FN 53) 182 ff.
- 57 Zu denken ist z.B. an Verfügungen im Zusammenhang mit der sog. «Lex Friedrich». Allg. zur Thematik: Attilio R. Gadola, Vom Beschwerderecht des Alleinaktionärs einer AG (...), recht 10 (1992) 135–141.
- 58 BGE 116 Ib 335 Erw. 1. c.; vgl. auch: BGE 101 Ib 385 f. Erw. 1. b.; 109 Ib 113 Erw. 3.; 114 Ib 158 f. Erw. 2. a.
- 59 BGE 110 Ib 110 Erw. 1. d. Dieser Entscheid wurde jedoch z.T. scharf kritisiert etwa bei: Fritz Gygi, Vom Beschwerderecht in der Bundesverwaltungsrechtspflege, recht 4 (1986) 10; Paul Richli, Die verwaltungsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts im Jahre 1984, ZBJV 122 (1986) 443; Gadola (FN 57) 138 ff.
- 60 Allg. hierzu: Markus Dennler, Durchgriff im Konzern (Diss. Zürich 1984); Carsten Thomas Ebenroth, Zum «Durchgriff» im Gesellschaften
- rischen Gesellschaftsrecht, SJZ 67 (1971) 249–254; Dieter Kehl, Der sogenannte Durchgriff (Zürich 1991).
- 61 Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 62 N 48; Hervorhebung im Original.
- 62 Übersichten mit Beispielen: Baudenbacher (FN 12) N 30 ff. zu Art. 625 OR; Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 62 N 58 ff.; vgl. auch Kehl (FN 60) 20 ff. Beim Durchgriff von einer «Holzhammermethode» zu sprechen, so Flüge (FN 8) 239, ders., Die Einmann-Gesellschaft (...), SAG 34 (1961/62) 221, berücksichtigt die differenzierte Praxis der Gerichte zu wenig.
- 63 Insbesondere in den USA befassen sich Lehre und Praxis häufig mit dieser Thematik; vgl. statt vieler: Robert B. Thompson, Piercing the Corporate Veil: An Empirical Study, Cornell L.Rev. 76 (1991) 1036–1074. Einige Urteile: Walkovsky v. Carlton, 223 N.E.2d 6 (1966); Minton v. Cavaney, 364 P.2d 473 (1961); Bartle v. Home Owners Cooperative, Inc., 127 N.E.2d 832 (1955). Vgl. schliesslich auch: Wolfram Müller-Freienfels, Zur Lehre vom sogenannten «Durchgriff» bei juristischen Personen im Privatrecht, AcP 156 (1957) 522 ff.; Ulrich Drobnig, Haftungsdurchgriff bei Kapitalgesellschaften (Frankfurt/Berlin 1959).
- 64 Vgl. auch Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 62 N 51. Tatsächlich hat denn auch vor wenigen Jahren der Superior Court von New Jersey (USA) finanzielle Ansprüche eines Aktionärs zugelassen gestützt auf die Durchgriffs-Doktrin: Walensky v. Jonathan Royce International, Inc., 264 N.J. Super. 276, at 282–283, 624 A.2d 613, at 617 (N.J. Super. 1993).
- 65 Auswahl an Literatur: Rolf Schoch, Die Zweimann-Aktiengesellschaft, SAG 32 (1959/60) 225–238; Hans-Konrad Peyer, Die Zweimann-Aktiengesellschaft (Diss. Zürich 1963); Hans Caspar von der Crone, Lösung von Pattsituationen bei Zweimanngesellschaften, SJZ 89 (1993) 37–44; Meyer (FN 12) 256 ff.
- 66 Für einmal wird hier unter ZPAG ausschliesslich eine solche AG verstanden, bei der es tatsächlich nur zwei Personen gibt; für die Konstellation mit zwei «festen Blöcken» stellt Art. 625 Abs. 2 OR kein Problem dar.
- 67 Vgl. dazu vorne 2.2.
- 68 Vgl. dazu hinten 3.2.
- 69 Statt vieler: Harold D. Field, Jr., Resolving Shareholder Disputes and Breaking Deadlocks in the Close Corporation, Minn. L. Rev. 58 (1974) 985–1007; Lawrence Howe, Corporate Divorce: Deadlocks in the Close Corporations, Bus. Law 22 (1967) 469–477.
- 70 So beispielsweise: Schoch (FN 65) 228; von der Crone (FN 65) 41.
- 71 Vgl. dazu hinten 3.2 (bez. VR) und 3.4 (bez. GV). Nicht übersehen werden darf allerdings, dass mit dem Institut des Stichentscheids selbst in einer paritätischen ZPAG ein faktischer Minderheitsaktionär geschaffen wird: Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 62 N 109, auch § 24 N 58; vgl. zudem die Skepsis bei: Böckli (FN 35) N 1384 c.
- 72 Bei Einpersonen-VR ist von «Entschluss» statt von «Beschluss» zu sprechen: Martin Wernli, Kommentar, in: Basler Kommentar Obligationenrecht II (Basel 1994) N 3 zu Art. 713 OR.
- 73 Mit gutem Grund weist Meyer (FN 12) 256

- 74 So Böckli (FN 35) N 1488 a; Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 31 N 30; a. M. Wernli (FN 72) N 14 zu Art. 713 OR.
- 75 Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 62 N 109 a. E. empfehlen zu Recht, den VR-Stichentscheid – bzw. dessen Ausschluss – auch unter dem Aspekt des Minderheitenschutzes in die ZPAG-Planung einzubeziehen. Sollte der Stichentscheid beibehalten werden, so kann ein «regelmässig abwechselndes Präsidium» im VR die Situation beruhigen: Meyer (FN 12) 259.
- 76 Vgl. dazu hinten 3.4.
- 77 Meyer (FN 12) 257 f.; Schoch (FN 65) 231; Baudenbacher (FN 12) N 8–20 zu Art. 625 OR.
- 78 Meyer (FN 12) 258; Schoch (FN 65) 229 ff. Diese Auflösungsklage droht indes nicht nur bei «deadlock», sondern – unter dem Aspekt des Minderheitenschutzes – zusätzlich, wenn die Pattsituation gelöst werden soll mittels einem GV-Stichentscheid: Eric L. Dreifuss/André E. Lebrecht, Kommentar, in: Basler Kommentar Obligationenrecht II (Basel 1994) N 6 a. E. zu Art. 703 OR.
- 79 So etwa: Meyer (FN 12) 258.
- 80 Meyer (FN 12) 256; Peyer (FN 65) 68.
- 81 Vgl. BGE 76 II 61–67 Erw. 2/3; 109 II 243 f. Erw. 3. b.; ZR 86 (1987) 310 f. Nr. 127. A. M. indes: Eric F. Stauber, Das Recht des Aktionärs auf gesetz- und statutenmässige Verwaltung (Diss. Zürich 1985) 165 ff.
- 82 Statt vieler: Peyer (FN 65) 74 ff., v. a. 81 ff.; Schoch (FN 65) 232 ff.; Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 39 N 139 ff.
- 83 Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 62 N 107.
- 84 Diverse Regelungsvorschläge könnten sowohl in Statuten als auch in Verträge aufgenommen werden.
- 85 Vgl. dazu vorne 3.2.
- 86 Erstmals: BGE 95 II 562 f. Erw. 2; vgl. auch: Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 24 N 56 ff./§ 62 N 108; Böckli (FN 35) N 1385.
- 87 Dreifuss/Lebrecht (FN 78) N 6 zu Art. 703 OR; Böckli (FN 35) N 1384 c; Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 24 N 58/§ 62 N 109.
- 88 Vgl. schon: Schoch (FN 65) 236.
- 89 Peyer (FN 65) 85–87.
- 90 So bereits: Meyer (FN 12) 259 f.; jüngst: Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel (FN 10) § 24 N 58 a. E.
- 91 Peyer (FN 65) 87–89; Meyer (FN 12) 258; vgl. auch: Howe (FN 69) 477; Field (FN 69) 993 ff. Bei Familien-AG könnte ein «Familienrat» diese Funktionen wahrnehmen: Schoch (FN 65) 238.
- 92 Für die USA: Field (FN 69) 988 ff.
- 93 Von der Crone (FN 65) 42 ff. (mit Musterklauseln); Gion Clopath, Wie können Pattsituationen bei Zweimanngesellschaften behoben werden?, SJZ 89 (1993) 157 spricht sich für ein Versteigerungsverfahren über mehrere Runden aus.
- 94 Kritisch zur richterlichen Anordnung eines «buy-out»: von der Crone (FN 65) 43. Die in den USA nicht seltene gerichtliche Einsetzung eines sog. «provisional director» ist dem Schweizer Recht unbekannt. Allg. hierzu: Field (FN 69) 1005.

RÉSUMÉ

Les sociétés anonymes à actionnaire unique ou à deux actionnaires en Suisse

La société anonyme est de loin la forme de société la plus répandue en Suisse. Malgré les avantages de la SA, (p. ex. la limitation de la responsabilité), de nombreux problèmes peuvent se poser, notamment lorsque la SA est de taille réduite comme c'est le cas pour les sociétés familiales. Si la majorité des voix n'est pas détenue par une seule personne ou qu'elle n'est pas répartie de façon homogène, c'est-à-dire comme c'est souvent le cas entre deux personnes ou groupes de personnes, la protection des minoritaires pose un problème majeur. L'auteur a mis l'accent sur deux formes de sociétés où la protection des minoritaires ne pose justement pas de problème et que l'on rencontre fréquemment dans la pratique, à savoir la SA à actionnaire unique (à l'exception de la soi-disant «quasi SA à actionnaire unique») et la SA à deux actionnaires.

guer la SA en tant que telle, de l'actionnaire unique (principe de la séparation). La compensation entre créances (dettes) de ces différents sujets de droit n'est en principe pas possible. De plus, l'actionnaire en tant que tel ne dispose pas de moyens juridiques contre des décisions qui ne concernent que la SA à actionnaire unique. Enfin, des problèmes particuliers sont à résoudre dans le cadre d'actions en responsabilité et en relation avec le conseil d'administration de la société à actionnaire unique.

Dans le contexte économique actuel, la forme de la SA à actionnaire unique est souvent choisie dans le but de créer une «raison individuelle à responsabilité limitée», forme juridique inconnue du droit suisse. Si une telle construction devait aller à l'encontre du principe de la bonne foi, c'est l'actionnaire unique qui devra en fin de compte «payer de sa

«mainmise» directe sur l'actionnaire unique.

Dans le cas de la SA à deux actionnaires, il se peut que les deux actionnaires ou groupes d'actionnaires, disposant du même nombre de voix, se soient retranchés en deux camps ennemis. Cette situation sans issue peut déboucher sur un arrêt des activités de la société ou au pire sur une action en dissolution ou une action en responsabilité.

Il n'existe malheureusement pas de «remède miracle» pour une SA à deux actionnaires en désaccord. Dès lors, la mise au point d'une stratégie minutieuse en vue d'une «situation de crise» s'impose. Certaines dispositions (voix prépondérante, clauses d'arbitrage ou d'adjudication), ancrées dans les statuts de la SA ou les contrats entre actionnaires, peuvent apaiser la situation et éviter la dissolution de la société.

